

2011-05-02

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die Sitzung des Stadtrates am 13.04.2011

Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 20:20 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal des Rathauses Dessau
Leitung der Sitzung: Herr Dr. Exner Stadtratsvorsitzender
Herr Hoffmann 1. Stellvertreter
Frau Storz 2. Stellvertreterin

Anwesend: **Soll: 50** **Ist: 45**

Die Ist-Zahl entspricht der Höchstzahl der anwesenden Stadträte; Änderungen während der Sitzung sowie das Stimmrecht des Oberbürgermeisters wurden bei den Abstimmungsergebnissen berücksichtigt.

Es fehlten:

Fraktion der CDU	Kolze, Jens
Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau	Krüger, Otto-Harald
Fraktion der SPD	Eichelberg, Ingolf Gebhardt, Udo Laue, Harald

Öffentliche Tagesordnungspunkte

- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Die Sitzung des Stadtrates Dessau-Roßlau wurde durch seinen Vorsitzenden, Herrn Dr. Exner, eröffnet. Er stellte die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest. Derzeit waren 39 Stimmberechtigte anwesend.

2. Beschlussfassung der Tagesordnung

Namens der **SPD-Fraktion** stellte **Herr Dreibrodt** den **Antrag, den TOP 8.4**, Widerspruch des Oberbürgermeisters, gegen einen Beschluss des Haupt- und Personalausschusses in einer Personalangelegenheit, von der Tagesordnung **abzusetzen**. Begründend führte er an, die Angelegenheit sei mehrfach im Haupt- und Personalausschuss sowie einmal im Stadtrat beraten worden. Herr Dreibrodt wurde in seiner Begründung durch den **Vorsitzenden des Stadtrates** unterbrochen und dringend auf den nichtöffentlichen Charakter der Angelegenheit hingewiesen.

Herr Dreibrodt betonte, dass in der Beratung am 09.02.2011 im Haupt- und Personalausschuss ausdrücklich das Einvernehmen mit dem OB hergestellt war. Die Stadträte haben nicht gegen geltendes Recht verstoßen. Was danach kam, verstoße aber gegen geltendes Recht. Des Weiteren richte sich der Widerspruch des OB nicht nur gegen die Stadträte, er richte sich gleichzeitig gegen seine eigene Entscheidung, seine Erklärung des Einvernehmens.

Es wurde durch **Herrn Dr. Exner** erneut eine Ermahnung ausgesprochen.

Herr Dreibrodt appellierte an alle Stadträte und an den Oberbürgermeister, diesen Punkt von der Tagesordnung zu nehmen und die Entscheidung und die unsägliche Auseinandersetzung mit dem Kulturamtsleiter den Zivilgerichten zu überlassen.

Herr Dr. Exner verwies wiederholt, auf die bestehende Öffentlichkeit in der Sitzung. Des Weiteren gehe es hier um die Aufstellung der Tagesordnung und nicht um die inhaltliche Auseinandersetzung in der Sache selbst.

Abschließend gab **Herr Dreibrodt** vorsorglich bekannt, sollte der Tagesordnungspunkt zur Personalangelegenheit Kulturamtsleiter doch auf der Tagesordnung verbleiben, werde sich die SPD-Fraktion geschlossen an der Abstimmung zur Widerspruchsvorlage von Herrn Koschig nicht beteiligen.

Zum Tagesordnungspunkt 7.4 - Einrichtung eines Integrationsbeirates - meldete sich **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, zu Wort. Er verwies darauf, ein Schreiben von der Ausländerbeauftragten der Stadt erhalten zu haben, dass sie aus beruflichen Gründen heute nicht anwesend sein kann. Im letzten Stadtrat hatte Herr Schönemann bereits schon einmal die Frage nach dem Wirken der Ausländerbeauftragten gestellt. Es wurde sehr zurückhaltend definiert: Aufgrund privater Rahmenbedingungen. Herr Schönemann sehe aber die Integrationsbeiratsarbeit und auch die Satzung im Zusammenhang mit dem unmittelbaren Wirken des/der Ausländerbeauftragten und würde ihn/sie gern in diesen Prozess als führend mitnehmen. Aus diesem Grunde beantragte Herr Schönemann, den **Punkt 7.4 heute zu vertagen** und, wenn die Ausländerbeauftragte dann arbeitsbereit ist, mit ihr gemeinsam den Beschluss vorzubereiten. Vielleicht könne sie dann auch über die Tragweite hier entsprechend referieren. Das wäre für die Signalwirkung dieser Einrichtung in der Stadt von großer Bedeutung.

Der **Stadtratsvorsitzende, Herr Dr. Exner**, brachte die Anträge zur Abstimmung.

- Der Antrag auf Absetzung des TOP 8.4 wurde bei 16 Zustimmungen und 4 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

- Die Vertagung des Punktes 7.4 der Tagesordnung wurde bei 17 Zustimmungen und 22 Gegenstimmen abgelehnt.

Die vorliegende Tagesordnung wurde angenommen (29:09:03).

3. Genehmigung der Niederschrift vom 02. März 2011

Die Niederschrift der Sitzung des Stadtrates vom 02. März 2011 wurde bei 2 Enthaltungen genehmigt.

4. Berichte des Oberbürgermeisters

4.1 Information über wesentliche Angelegenheiten der Stadt

Der Bericht des **Oberbürgermeisters Koschig** bezog sich auf den Zeitraum vom 2. März bis 13. April 2011.

- Die Landtagswahlen am 20.03.2011 haben für unsere Stadt zu einem positiven Ergebnis geführt. Insgesamt kann 6 künftigen Landtagsabgeordneten zu ihrer Wahl gratuliert werden. Dies sind Herr Haseloff und Herr Kolze von der CDU, Herr Hövelmann (SPD), Herr Hoffmann (Die Linke) sowie Frau Lüddemann und Herr Erdmenger für Die Grünen.

Herr OB Koschig sprach allen Wahlhelfern sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im eigenen Hause seinen herzlichen Dank für den reibungslosen Ablauf der Landtagswahl aus.

- Am 11.03.2011 tagte das Kuratorium für ein Hugo Junkers Denkmal. Ein entsprechender Beschluss wurde dazu im Stadtrat gefasst. Nach einer längeren Diskussion kam man zu der einvernehmlichen Entscheidung zum Standort für ein solches Denkmal. In Abstimmung mit der Stiftung Bauhaus soll dieser auf dem Bauhausplatz sein. Das Denkmal soll eine ästhetische kinetische Form erhalten. Nunmehr werden Künstler eingeladen, sich mit dem Standort vertraut zu machen.
- Herr Koschig sprach ebenfalls seine herzliche Gratulation an zwei Chefärzte des Klinikums Dessau aus, die in die Liste der besten Mediziner Deutschlands aufgenommen wurden. Dies sind Dr. Zagrodnick, Ärztlicher Direktor und Chefarzt der Klinik für Unfall- und Handchirurgie sowie Prof. Dr. Zouboulis, Chefarzt der Klinik für Dermatologie, Venerologie und Allergologie und des Immunologischen Zentrums. Diese Auszeichnung würdige auch die Arbeit des ganzen Hauses.
- Aus Halle erhielten wir die traurige Nachricht, dass Herr Dr. Christian Bartmann, langjähriger stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates der Stadtwerke Roßlau Fernwärme GmbH, verstorben ist. Ihm werde ein ehrendes Andenken bewahrt, da er sich sehr um die Entwicklung der Stadtwerke verdient gemacht hat.

Schule

- Am 19. März 2011 fanden traditionsgemäß am Berufsschulzentrum „Hugo Junkers“ die nunmehr 12. Anhalt-Jugendmeisterschaften in den gastgewerblichen Ausbildungsberufen statt. Eine angehende Hotelfachfrau wird am Landesfinale in Magdeburg teilnehmen.
- Vom 25. bis 27. März 2011 wurde der Landeswettbewerb „Jugend musiziert“ durchgeführt. Zur Abschlussveranstaltung in der Marienkirche wurde in Anwesenheit der

Kultusministerin der Sonderpreis der Stadt Dessau-Roßlau an die Preisträger verliehen. 6 Schüler unserer Musikschule haben sich für den Bundeswettbewerb qualifiziert, was das hohe Niveau unserer Musikschule zeigt.

- Am 02. April 2011 fand der 3. Landeselterntag in Dessau-Roßlau unter Teilnahme der Kultusministerin statt.

Sport

- Am 2. März 2011 fand die 10. Auflage des Internationalen Springermeetings in der Anhalt Arena statt. Der Münchener amtierende Hallen-Vizeweltmeister Malte Mohr stellte mit 5,83 Metern nach 10 Jahren einen neuen Hallenrekord im Stabhochsprungwettbewerb auf.
- In Vorbereitung der Europameisterschaften in Berlin fand am Samstag, dem 2. April, zum wiederholten Mal ein Turn-Länderkampf der Männer statt. Der deutsche Vize-Weltmeister im Turn-Mehrkampf Philipp Boy gewann punktgleich mit dem Briten Kristian Thomas. 1.342 Zuschauer sahen bei hochsommerlichem Wetter eine tolle Turnveranstaltung mit teilweise Weltklasseleistungen.

Allgemeine Informationen:

- Unter dem Motto "Klimawandel-Klimaanpassung-Klimaschutz" findet vom 4. bis 14. April die 13. Agendawoche der Stadt Dessau-Roßlau statt. Eine Vielzahl von Veranstaltungen bietet den Einwohnern die Möglichkeit, sich zu informieren und miteinander ins Gespräch zu kommen. Der Bogen der Veranstaltungsthemen reicht von Strategien zur Bewältigung von Armut und Klimawandel über Informationen zum Planungsstand der Wasserkraftnutzung am Hauptwehr in Dessau (14. April, 18.00 Uhr in unserer Volkshochschule), bis hin zu Vorstellungen einer nachhaltigen Energieversorgung in Dessau-Roßlau.
- Nach einer Farbsanierung konnte das Meisterhaus Feininger am 31. März feierlich wiedereröffnet werden. Nach der Neubewertung der Farbbefunde durch das Hallenser Büro Brambach Architekten GmbH und den Diplom-Restaurator Peter Schöne wurde in den vergangenen Monaten das ehemalige Dessauer Wohnhaus des deutsch-amerikanischen Malers Lyonel Feininger farblich so gestaltet, wie es zu dessen Einzug im Jahr 1926 ausgesehen hat. Zuvor hatte es eher die Farbgestaltung des Auszugsjahres der Familie Feininger, die das Haus im Jahr 1932 verlassen musste.

Die rund 150.000 Euro teure Sanierung wurde aus Mitteln der Stiftung Meisterhäuser, der Lotto-Toto GmbH und der Stadt Dessau-Roßlau sowie mit Hilfe einer Spende des Bauunternehmens HOCHTIEF ermöglicht. Dafür dankte Herr Koschig an dieser Stelle.

Vergabe der Wochenmärkte

Die Veranstaltung der Wochenmärkte in den OT Dessau und Roßlau wurde zum 1. April 2011 auf der Grundlage des Beschlusses des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus an die Deutsche Marktgilde vergeben.

Weitere Veranstaltungen

06.03.2011 Der Karnevalsanzug in der Stadt hatte bei vorfrühlingshaftem Wetter zahlreiche Besucher. Der Dank gilt den Organisatoren und den Mitarbeitern des Eigenbetriebes Stadtpflege.

- 07.03.2011 Einweihung einer weiteren Produktionsstrecke der Merz Pharma-Gruppe im Pharmapark Rodleben
- 08.03.2011 Offizielle Veranstaltung der Stadt im Ratssaal des Rathauses Dessau anlässlich des 100. Internationalen Frauentages auf Einladung der Gleichstellungsbeauftragten.
10. und
11. 03.2011 Besuch einer Delegation der Stadt Rehoboth aus der Republik Namibia. Diese Stadt hat ein starkes Interesse an einer Zusammenarbeit mit einer deutschen Kommune auf verschiedenen Gebieten. Teilnehmer der Delegation waren der Botschafter der Republik in Deutschland, Herr Neville Gertze, der Bürgermeister Pieters sowie die Leiter der Verwaltung und des Technischen Bereiches. Es wurden drei Themen besprochen, in denen wir uns in Austausch begeben. Ein Thema, welches uns gemeinsam bewegt, ist der hohe Ausbildungsstand unserer Jugendlichen. In Dessau-Roßlau haben wir den höchsten Anteil der Abiturienten, es verlassen uns aber auch viele junge Leute. Mit unserem Leitbild „Zukunft mit Tradition“ setzen wir einen Schwerpunkt auf Bildung und Wissenschaft und versuchen damit, auch junge Leute in unsere Stadt zu holen. Ein ähnliches Problem haben die Kollegen in Rehoboth. Auch dort ist die Schulbildung auf einem außerordentlich hohen Niveau und die Jugendlichen verlassen die Stadt in Richtung Hauptstadt bzw. in die Hafenstädte.
- 12.03.2011 Allen, die sich in die Veranstaltung des Netzwerkes Gelebte Demokratie an der Friedensglocke (insgesamt ca. 500 Teilnehmer) einbrachten, sprach Herr OB Koschig seinen herzlichen Dank aus.
24. und
25.03.2011 Das WTZ Dieselmotoren lud zur 7. Gasmotorenkonferenz in Dessau-Roßlau ein. Es war ein Rekordbesuch zu verzeichnen.
29. 03.2011 Auf seiner Abschiedstour besuchte MP Prof. Böhmer das Technikmuseum „Hugo Junkers“. Es fand ein Gespräch mit Ingenieuren verschiedenster Fachbereiche unserer Stadt statt.
- 02.04.2011 In der Lutherstadt Wittenberg fand die Schiffstaufe eines Fahrgastschiffes auf den Namen „Dessau-Roßlau“ statt. Der Schiffsanleger am Kornhaus in Dessau-Roßlau konnte aufgrund der hohen Wasserstände der Elbe leider noch nicht errichtet werden.
- 02.04.2011 In der Hauptgeschäftsstelle der Stadtparkasse Dessau fand die 4. Seniorenmesse mit einem Rekordbesuch statt. Alle Beteiligten zeigten sich begeistert und Herr Koschig sprach an dieser Stelle dem Seniorenbeirat, unserem Seniorenbeauftragten, unserer Sparkasse Dessau sowie den eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern seinen herzlichen Dank aus.

Der Bericht zum Stand der Baumaßnahmen und die Hochwasserinformation wurden schriftlich an die Fraktionen ausgereicht, ebenso die Beantwortung der Anfrage von Stadtrat Ehm bezüglich der Mückenbekämpfung.

Insbesondere auf vier **Baumaßnahmen** verwies Herr Koschig an dieser Stelle.

- Mit großer Resonanz konnte am vergangenen Montag der Kreisverkehr an den Sieben Säulen eingeweiht werden.
- Am 18. März konnte die Rosselbrücke in Roßlau für den Verkehr freigegeben werden, womit der Straßenausbau der Hauptstraße in Roßlau abgeschlossen ist.
- Der Bau des Pflegeheimes in der Heidestraße geht zügig voran und für das Seniorenzentrum in der Elballee kann am 20. Mai Richtfest gefeiert werden.
- Der Rundling in der Biethe wurde geschlossen. Dafür konnte die Volkssolidarität 92 im ehemaligen Goethe-Gymnasium am 11.04. einen Übergangsseniorenklub eröffnen.

Abschließend rief Herr OB Koschig zur Unterstützung einer Spendenaktion in unserer Stadt auf, die japanische Mitbürgerinnen und Mitbürger initiiert haben. Unser Mitgefühl gilt den Opfern der Erdbeben- und Tsunami-Katastrophe und des Supergaus, der Katastrophe im Atomkraftwerk Fukushima. Ein Bündnis lädt zum 25. April an die Friedensglocke zur Erinnerung an die 25. Wiederkehr des Atomunglücks von Tschernobyl ein, eines inzwischen hochaktuellen Ereignisses.

Die Stadtwerke haben sich schon seit der Verabschiedung im Deutschen Bundestag für die Rücknahme der Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke in Deutschland eingesetzt. Diese Forderungen haben nun eine große Mehrheit in unserem Volk gefunden. Zunächst sprach Herr Koschig jedoch die Einladung zu verschiedenen Benefizveranstaltungen aus, z. B. am Sonntag, 17. April, 11.00 Uhr in der Marienkirche, wenn unser Kammerkonzertverein einlädt.

4.2 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Es wurden keine nichtöffentlichen Beschlüsse gefasst.

5. Einwohnerfragestunde

Herr Peter Fischer, wohnhaft in der Bauhofstraße 5, wandte sich an Herrn Beigeordneten Hantusch und fragte nach, wie es bei der Investition Kranbahnverlängerung im Industriehafen Roßlau mit einem Kostenansatz von 1,2 Mio. € zu einer Kostenexplosion auf 11 Mio. € kommen konnte. Aus den Beteiligungsberichten der Stadt ist für den Industriehafen Roßlau eine negative Bilanz von über 800.000 € festzustellen. Herr Fischer verwies darauf, dass die Bemühungen um das Weltkulturerbe Dessau-Wörlitzer Gartenreich konterkariert würden. Hafenskapazitäten würden gern genutzt, um die Schiffbarkeit der Flüsse zu fördern, was die Gefahr der Sohlerosion verschärft.

Bereits jetzt werde vom Bundesministerium für Verkehr eingeräumt, dass es keine garantierte Mindestwassertiefen an der Elbe gibt. Aus diesem Grunde fragte Herr Fischer, ob Herr Hantusch immer noch sicher sei, dass das „Investitionsvorhaben ökonomisch

und politisch, im Sinne des Erhalts unserer Umwelt für unsere Stadt sinnvoll ist und wenn ja, wie begründen Sie das und würden Sie das auch in der Öffentlichkeit diskutieren? Wann wird das sein?“ Bisher seien die Bürger nicht eingebunden, weshalb es Zeit sei „diese Fragen zu diskutieren und zu beantworten bevor gebaut wird.“

Das ihm im Moment mögliche Verfahren, hier Fragen zustellen, Antworten zu kritisieren bzw. erneut nachzufragen, halte Herr Fischer für „etwas zäh“, weshalb er darum bat, dass der Stadtrat einen Bürgerhaushalt etabliert, der zu mehr Beteiligungsmöglichkeiten führt. Abschließend bat er um die Beantwortung weiterer Fragen, welche er dem Büro des Stadtrates übergab.

Herr Ginskey, Alte Leipziger Straße 13, richtete sich an das Gremium bzw. die Verwaltung. Er regte an, die alte Heißdampfturbine wieder in Betrieb zu setzen. In der Halle in Vockerode befänden sich noch 4 Turbinenbetten. Die Turbinen sollten nicht mit Kohle beheizt, sondern es sollte eine Müllverbrennungsanlage errichtet werden. Durch Frau Moritz sollte dazu eine Wirtschaftlichkeitsberechnung durchgeführt werden.

Des Weiteren schlug er als Standort für das Besucherzentrum Bauhaus vor, dieses zu integrieren in das Gebäude des ehemaligen Bauhaus-Cafés bzw. der Bauhaus-Kaufhalle.

Den Schnellverkehr Dessau - Berlin betreffend, hatte Herr Ginskey den OB im Dezember 2010 angesprochen, ob hier schon etwas unternommen wurde. Hier wolle er nun wissen, ob ein Gespräch mit dem Präsidenten des Umweltbundesamtes erfolgte und ob es Ergebnisse gibt.

Als Zusatzfrage ging Herr Ginskey auf die Baumaßnahme in der Alten Leipziger Straße, Auswechseln der Wasser- und Abwasserrohre, ein. An ihn sei die Frage gerichtet worden, warum der Bitumen bzw. Asphalt wieder herausgenommen wurde. Jetzt sei roter Splitt mit einer Körnung von 10 mm aufgebracht worden. Hier könne niemand mit dem Fahrrad fahren. Auf seine Frage hatte ihm Herr Cirner gesagt, dass die Endabnahme noch nicht erfolgt sei und es soll noch etwas gemacht werden. Herr Ginskey wandte sich dazu an Herrn Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamtes.

Herr Oberbürgermeister Koschig bedankte sich bei Herrn Ginskey für seine aktive Mitarbeit als Bürger bei bestimmten Themen, die die Stadt betreffen. Leider habe die Landesregierung die gemeinsame Arbeitsrichtung Eingemeindung der Stadt Vockerode nicht gestattet. Vockerode ist jetzt ein Teil der Stadt Oranienbaum-Wörlitz. Dessau-Roßlau ist also rein räumlich nicht für Vockerode zuständig. Im Übrigen wäre, wenn es sich so rechnen würde, wie Herr Ginskey es sich vorstellte, der Energieversorger, dem dieses Haus gehört, auch schon auf die Idee gekommen. Unser Eigenbetrieb Stadtpflege beschäftigt sich mit Bioabfall und es gibt Verträge, die eingehalten werden. Er glaube auch nicht, dass kurzfristig eine Müllverbrennungsanlage in Vockerode etabliert werden könnte. Da gibt es sehr langwierige Genehmigungsverfahren.

Den vorgeschlagenen Standort für das Besucherzentrum Bauhaus betreffend, führte Herr Koschig aus, das Bauhaus-Café, werde zurzeit zu einer gemeinsamen Bibliothek für die Stiftung Bauhaus und die Hochschule Anhalt umgebaut. Insofern stehe es als Standort nicht zur Verfügung, obwohl es eigentlich der beste Standort gewesen wäre.

Zur Schnellzugverbindung Dessau - Berlin erinnerte Herr OB Koschig an die Feierlichkeiten am 1. und 2. April anlässlich 100 Jahre Elektrifizierung der Bahnstrecke Bitterfeld - Dessau. Hier haben sich sowohl der Bevollmächtigte der Deutschen Bahn AG wie

auch der Vizepräsident des Umweltbundesamtes zu den Schnellzugverbindungen zwischen Dessau und Berlin geäußert. Daraus konnte die Öffentlichkeit entnehmen, dass wir wirklich am Ball sind und dabei natürlich auch die Gespräche mit Herrn Flasbarth mit einfließen. Die konkreteste Aussage, die am 1. April getroffen wurde, war die zum Anschluss an das S-Bahn-Netz Mitteldeutschland im Jahre 2014/2015, merkte Herr OB Koschig an.

Weitere Anfragen der Einwohner wurden nicht gestellt, so dass der TOP geschlossen wurde.

6. Öffentliche Anfragen und Informationen

6.1 Information zur Sicherheitslage der Stadt Dessau-Roßlau durch POR Berger, Leiter des Polizeireviers Dessau-Roßlau

Einführend begründete **Herr OB Koschig** den heute vorgesehenen Bericht zur Sicherheitslage. Schwerpunkt in den Zusammenkünften des Arbeitskreises Sicherheitspartnerschaft bildet immer der Vortrag aus dem Polizeirevier. Da es weitere aktuelle Themen momentan nicht gab, habe man als geeignetes Gremium den Stadtrat angesehen, den Bericht der Öffentlichkeit zur Kenntnis zu geben. Herr Koschig bedankte sich bei Herrn Berger für die Bereitschaft, diesen Bericht zu erstatten und im Anschluss für Fragen zur Verfügung zu stehen.

Herr POR Wolfgang Berger, Leiter des Polizeireviers Dessau-Roßlau, bestätigte die dargestellte Verfahrensweise. Er wies darauf hin, es als richtig zu erachten, den Mitgliedern des Stadtrates oder interessierten Bürgern für eine Fragestunde zur Verfügung zu stehen. Aus diesem Grunde wolle er heute die polizeiliche Lage 2010 darstellen und im Anschluss Fragen beantworten.

Die polizeiliche Lage wurde gemeinsam mit dem Amt für Ordnung und Sicherheit, Frau Lindner erarbeitet, welcher er dafür besonders dankte. Die bisherige Zusammenarbeit gestalte sich sehr gut und er sprach allen Verantwortungsträgern der Stadt Dessau-Roßlau seinen Dank dafür aus. Die Polizei allein sei nicht in der Lage, die Sicherheit zu gewährleisten, dazu bedarf es aller Verantwortungsträger und aller engagierter Bürgerinnen und Bürgern.

Herr POR Berger ging im Einzelnen darauf ein, wie die gemeinsame Verantwortung wahrgenommen wird und wie sich die Personalentwicklung des Polizeireviers Dessau-Roßlau gestaltet. Des Weiteren stellte er die Bevölkerungsentwicklung, Verkehrslage sowie Statistiken zu Straftaten, deren Aufklärungsquote und die Tatverdächtigenstruktur dar. Die Erläuterungen wurden anhand bildlicher Darstellungen unterstützt (siehe Anlage: Präsentation zur Sicherheitslage).

Im Anschluss wurden Fragen zur Altersstruktur der Polizeivollzugsbeamten (PVB), zum Krankenstand und zur Zukunft der Kontaktbereichsbeamten (KOB) gestellt.

Dazu führte **Herr Berger** aus, der Altersdurchschnitt des Polizeireviers Dessau-Roßlau beträgt 48,5 Jahre. Der Hauptanteil der Beamten sind mehr als 40 Jahre alt. Jährlich gibt es im Durchschnitt 6 bis 8 altersbedingte planmäßige Abgänge.

Der Krankenstand ist in den letzten Jahren von 8 auf 12 % gestiegen, was auch in der Altersstruktur, aber auch durch die enormen Belastungen begründet ist. Es gibt Mög-

lichkeiten und Reserven der Aufgabenverschiebung, damit die Polizei die originären Aufgaben (Gefahrenabwehr, Straftaten verfolgen und aufdecken) erfüllen kann.

Im Jahr 2013/2014 wird die Sollstärke der PVB erreicht sein. Nach wie vor werde mit KOBB gearbeitet. Der Dienstpostenplan weist 8 KOBB im Soll aus, die vermutlich so nicht besetzt werden können. Jedoch werde eine Art Verbunddienst gemacht, so dass ein oder zwei KOBB für einen Bereich zuständig sind und regelmäßig in den Vororten sein werden. Dies werde sich in den nächsten 3 bis 4 Jahren weiter so gestalten, bis die junge Generation nachrückt.

Weitere Fragen wurden nicht gestellt. **Herr Stadtratsvorsitzender Dr. Exner** dankte Herrn Berger für seine Ausführungen und die Beantwortung der Fragen.

6.2 Entwicklungskonzept für die Achse zwischen Bahnhof und Stadtpark **Vorlage: DR/IV/008/2011/VI-65**

Zu der ausgereichten Informationsvorlage stellte **Prof. Schmidt, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, zunächst eine Verfahrensfrage. Hier liege der Planungsstand eines Vorentwurfes vor. Er konnte diesem nicht entnehmen, wie die weitere Umsetzung erfolgen soll. Deshalb fragte er, ob es noch eine Offenlage der Planung geben, oder eine Entwurfsplanung im zuständigen Fachausschuss vorgestellt wird.

Die inhaltliche Nachfrage von Prof. Schmidt befasste sich mit dem Themenkomplex der Vordringlichkeit des Ganzen. Hier sei er auf folgendes Problem gestoßen. In den Unterlagen auf Seite 6 werde das Konzept beschrieben und welche Grundlagen für dieses eine Rolle gespielt haben. Erstaunt habe ihn, dass das vom Stadtrat beschlossene Zentrenkonzept und das vom Bauausschuss und Wirtschaftsausschuss gemeinsam beschlossene Quartierskonzept für die Quartiere Theaterviertel und Johannisviertel nicht erscheint. Hier stellte er fest, dass in dem Bereich überhaupt keine Priorität auf diese Maßnahmen gesetzt wurde. Er habe immer darauf gedrängt, dass der Masterplan Innenstadt, der ja eigentlich eine übergeordnete Planung sein sollte, in den Ausschüssen vorgestellt wird, weil nur von dieser übergeordneten Planungsebene einzelne Maßnahmen abgeleitet werden können. Dies habe bisher nicht stattgefunden.

Deshalb fragte **Prof. Schmidt**, wann erfolgt die Einordnung dieser Planung in die übergeordneten Planungen und warum wurden die beiden genannten Konzepte nicht als Planungsgrundlage für die Maßnahme zugrunde gelegt.

Auf dieser Achse haben wir Defizite für die touristische Erschließung festgestellt, aber Tourismus steht im Leitbild ganz weit oben und ist eine Leitplanke dessen, führte **Herr Beigeordneter Hantusch** aus. Dann sei die Verwaltung vor Ort gegangen und habe dies aufgenommen. Da Fördergelder aus günstiger ausgefallenen Planungen vorhanden waren, habe man diese Achse beplanen lassen und gesagt - Ex-Oberbürgermeister Dr. Neubert hatte ja im Bauausschuss auch zu Recht darauf hingewiesen, dass diese Achse schon einmal Anfang der 90er Jahre beplant wurde - diese Achse hat Defizite. Diese sind für jeden klar ersichtlich.

Deshalb sollte diese Achse nochmals für wenig Geld beleuchtet werden. Hierbei stellte man fest, dass teilweise Sichtverhältnisse nicht vorhanden sind. Das wurde dann mit dem Stadtpflegebetrieb für wenig Geld gemacht. Da wir wissen, dass zukünftig nicht mehr so viel Geld zur Verfügung steht, habe man die Achse in Bauabschnitte untertei-

len lassen, so dass diese letztendlich, sollte sie einmal fertig sein, mit wenigen Pflegemaßnahmen und leichten Umstrukturierungen erheblich besser aussehen wird. Mit dieser Maßnahme wird einem Touristen eine ganz klare Orientierung gegeben und ihm gezeigt, was die Stadt eigentlich hat.

Das war Ausgangspunkt der Überlegungen und das wurde so in den entsprechenden Ausschüssen (Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss und Bauausschuss) vorgestellt. Wichtig war, eine Orientierung zu geben und die Qualität anzuheben. Insofern haben wir natürlich auch auf die genannten Konzepte geschaut. **Herr Hantusch** erklärte, dass diese Maßnahme im Masterplan Innenstadt entsprechend dargestellt ist und vorgezogen werde, weil entsprechende Mittel zur Verfügung stehen, die sofort in einem ersten Bauabschnitt verwendet werden. Erste Maßnahmen sollen umgesetzt werden, wie im heutigen TOP 7.18 schon sichtbar wird.

Herr Prof. Schmidt merkte an, seine Fragen seien eigentlich nicht beantwortet worden und er wiederholte sie: Die beiden Konzepte - Quartierskonzept, Zentrenkonzept - waren den Planern nicht bekannt und waren nicht Grundlage, warum ist das so? Den Masterplan Innenstadt kenne niemand, wann wird er in den politischen Gremien vorgestellt?

Er habe nicht gesagt, dass die beiden Konzepte nicht berücksichtigt wurden, entgegnete **Herr Hantusch**. Man habe schon darauf gesehen. Die Achse ist nicht konträr zu dem, was in diesen beiden Planungen steht. Insofern haben wir eine Planung und werden damit auch nicht gegen bestehende und beschlossene Konzepte verstoßen. Zur zweiten Frage legte er dar, beim Masterplan Innenstadt habe man sich stadintern darauf geeinigt, dass er erst komplett in der Verwaltung besprochen und beschlossen und danach in den politischen Gremien dieses stadintern beschlossene Konzept vorgestellt wird. Dies werde im Juni sein, genau so wie es im Zeit- und Maßnahmenplan steht.

Das Konzept wurde zur Kenntnis genommen.

6.3 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Eine Anfrage zum Haushaltsvollzug stellte **Frau Storz, SPD**. Derzeit gebe es eine Haushaltssperre, wonach freiwillige Leistungen nur gezahlt werden können, wenn sie einen Eigenmittelanteil zu einem Fördermittelantrag darstellen oder Verträge bestehen. In den Haushaltsausschusssitzungen habe man gemeinsam die Kostenübernahme der Nebenkosten für Sportvereine durchgesetzt. Jetzt sehe Frau Storz dies in Gefahr. Insofern frage sie, wie den Sportvereinen diese Hilfe zur Bewältigung ihrer Aufgaben gewährt werden kann. Insbesondere frage sie dies für den Sportverein Mildensee.

Herr Beigeordneter Dr. Raschpichler erklärte, für die freiwilligen Leistungen, die Bestandteil des Haushaltsplanes sind, würden die entsprechenden Freigabeanträge vorbereitet. Sie gehen dann auf die Arbeitsebene und letztendlich muss die Entscheidung in der OB-Dienstberatung fallen. Er könne sich aber vorstellen, dass es hier Einvernehmen gibt, für die laufenden Aufwendungen die Freigaben erwirken zu können.

In der letzten Hauptausschusssitzung habe man sich auf Antrag der CDU-Fraktion im nichtöffentlichen Teil mit einer Thematik befasst, wozu dann auch in der Presse auf entstehende Kosten in Höhe von 600 T€ verwiesen wurde, erinnerte **Herr Bönecke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**. Daraufhin wurde an seine Fraktion eine Anregung herange-

tragen, deren Möglichkeit er bitte zu prüfen und kurzfristig eine Antwort zu geben. Der Hauptkostenanteil dürften nicht die Mückenschutzmittel sein, sondern deren Ausbringung in die entsprechenden Gewässer. Es gebe die recht breite Bereitschaft, dies im Ehrenamt vorzunehmen und zu Fuß diese Mittel auszubringen. Deshalb stelle sich die Frage, was dagegen spräche und was dann die eigentlichen Mittel kosten. Wenn diese dann überschaubar sind, wo bekomme man sie schnellstmöglich her.

Die Anregung werde in die weiteren Betrachtungen aufgenommen, erwiderte **Herr OB Koschig** und bedankte sich dafür. Er brachte jedoch seine Zweifel zum Ausdruck, in der Kürze der Zeit, die dann erforderlich ist, so viel Ehrenamtliche aktivieren zu können. Es handelt sich um einige Tausend Hektar, die zu begehen wären.

Die Anfrage von **Herrn Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, zum aktuellen Stand des weiteren Ausbaus des Kulturkaufhauses in Roßlau und ob die Informationen, die im Ortschaftsrat gegeben wurden, kurzfristig ausgereicht werden, um hilfreich zur Seite stehen zu können, beantwortete **Herr Beigeordneter Hantusch**. Er bedankte sich für das Hilfsangebot und führte aus, diese Hilfe werde eigentlich nicht benötigt, weil die Varianten im Kern feststehen. Sie werden jetzt auch verwaltungsintern nochmals besprochen. In Kürze wird eine Beschlussvorlage dazu erarbeitet.

Bezug nehmend auf die Beantwortung seiner Anfrage im letzten Stadtrat betreffs der Mückenbekämpfung sprach **Herr Ehm, CDU-Fraktion**, kritisch an, dass auf diesen etwa 20 Seiten nur steht, warum etwas nicht geht. Dieses Schreiben ist mit dem 5. April datiert und wurde ihm heute zu Beginn der Sitzung übergeben. Er mahnte an, bei dieser nicht einfachen Materie, die in anderen Gegenden funktioniert, Unterstützung zu geben, dass es in Gang gesetzt wird. Wie er aus der Beantwortung herausgelesen habe, sind die Gespräche mit den Nachbarkreisen und anderen Beteiligten noch offen. Herr Ehm regte an, hier das Biosphärenreservat und die Kulturstiftung hinzu zu ziehen. Diese sind Besitzer erheblicher Flächen in den betroffenen Gebieten.

Wann es mit dem vor etwa einem Jahr einberufenen Sozialen Tisch weitergehe, fragte **Herr Trocha, CDU-Fraktion**, den Beigeordneten für Soziales. **Herr Dr. Raschpichler** informierte, dass in den vergangenen 4 Wochen eine Beratung geplant wurde. Thematisch sei man jedoch nicht so weit gekommen, sie auch durchführen zu können. Es werde jedoch in den nächsten 4 Wochen eine Beratung stattfinden.

Herr Prof. Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, richtete sich an Herrn Beigeordneten Hantusch. Er habe ebenfalls eine Beantwortung auf seine Anfrage im Bauausschuss vom 13. Januar erhalten. Sie betrifft das Thema EUROPAN 10, wozu es einen Wettbewerb und eine Empfehlung gab, dies den Stadträten als Diskussionsgrundlage zur Verfügung zu stellen. Die Stadträte kennen die Planung der Umsetzung nicht und in dem Antwortschreiben werde gesagt, die Prüfung sei noch nicht abgeschlossen. Sobald interne Klärungen abgeschlossen sind, würde unaufgefordert darüber informiert. Dies scheine in die Kategorie „Schieben, Aussitzen“ zu gehören, habe Herr Prof. Schmidt den Eindruck.

Er sei ebenso unzufrieden, wie Herr Prof. Schmidt, äußerte **Herr Beigeordneter Hantusch**. Auch er hätte EUROPAN 10 gern schon umgesetzt, es ist aber nicht so einfach. EUROPAN 10 - hier werde die Kavallerstraße angesprochen - ist unmittelbar im Zusammenhang mit der Ostrandstraße zu sehen. Die Kavallerstraße könne erst dann ge-

macht werden, wenn die Ostrandstraße gemacht wurde. Trotzdem werde versucht, wie auch bei der Achse Bahnhof, hier Pakete zu entwickeln und vorzuziehen für mittel-, kurz- und langfristige Maßnahmen, die nicht etwas Anderes verhindern. Insgesamt sei es ein schwieriges Thema. Es werde jedoch weiter bearbeitet und Herr Hantusch könne noch nicht sagen, wann die Ergebnisse vorliegen und wie sie aussehen werden.

Ergänzend merkte **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, an, es können unabhängig davon im Ausschuss die Ergebnisse aus dem Wettbewerb vorgestellt werden.

Weiteren Frage- und Informationsbedarf gab es nicht.

7. Beschlussfassungen

7.1 Bestellung des ehrenamtlichen Seniorenbeauftragten der Stadt Dessau-Roßlau Vorlage: DR/BV/094/2011/V

Herr Scholz wurde als ehrenamtlicher Seniorenbeauftragter der Stadt berufen.

Abstimmungsergebnis: 46:00:00

Nach der erfolgten Bestellung wurden Herrn Scholz die Glückwünsche des Präsidiums des Stadtrates und des Oberbürgermeisters für die zukünftige Tätigkeit ausgesprochen.

7.2 Berufung der Mitglieder des Seniorenbeirates der Stadt Dessau-Roßlau Vorlage: DR/BV/089/2011/V-50

Der Stadtrat sprach die Berufung der Mitglieder des Seniorenbeirates einstimmig aus.

Abstimmungsergebnis: 46:00:00

Die Mitglieder des Beirates erhielten aus den Händen des Stadtratsvorsitzenden ihre Ernennungsurkunden. Herr OB Koschig sprach ihnen ebenfalls Glückwünsche für ihre künftige Arbeit aus.

7.3 Berufung der stimmberechtigten Mitglieder des Beirates für Menschen mit Behinderungen der Stadt Dessau-Roßlau Vorlage: DR/BV/090/2011/V-50

Der Beschluss zur Berufung der Mitglieder des Beirates war einstimmig.

Abstimmungsergebnis: 46:00:00

Die anwesenden Mitglieder des Beirates (Frau Zeige war entschuldigt) erhielten aus den Händen des Stadtratsvorsitzenden ihre Ernennungsurkunden. Herr Dr. Exner sowie Herr OB Koschig sprachen ihnen Glückwünsche für ihre künftige Arbeit aus.

7.4. Einrichtung eines Integrationsbeirates für die Stadt Dessau-Roßlau Vorlage: DR/BV/095/2011/I-GSB

Herr Schwierz, Fraktion Die Linke, legte dar, die Fraktion schlage nach eingehender Diskussion Änderungen vor, welche die Paragraphen 1 bis 4 betreffen. Da diese sehr umfangreich sind, bitte er, jede der 4 Vorschläge gesondert abstimmen zu lassen.

Der Vorschlag Nr. 1 beziehe sich auf die §§ 1,2 und 3. Hier hätte man gern die **Ortschaftsräte** mit eingebunden. Man wolle die Ortschaftsräte vor Stadtrat, Verwaltung und Ausschüsse mit eingebunden haben, da der Ortschaftsrat ein Gremium sei, was quartiersgeprägt ist und die Bürgerinteressen von der Basis her repräsentieren. Es wäre förderlich, wenn man die Interessen der Migranten in unserer Stadt von den Ortschaftsräten erörtert bekommen würde. Ein weiterer Punkt ist die Berichterstattung des **Ausländerbeauftragten** in Form einer Information an den Stadtrat zur **Lebenssituation** von EinwohnerInnen mit Migrationshintergrund.

Der Vorschlag Nr. 2 beziehe sich auf den § 4. Hier gab es in der Vorlage eine umfangliche Darstellung. Die Fraktion sehe das praktikabler:

§ 4 Zusammensetzung des Integrationsbeirates:

(1) Der Integrationsbeirat besteht aus **9** stimmberechtigten und **3** beratenden Mitgliedern.

(2) **Bei den 9 stimmberechtigten Mitgliedern des Integrationsbeirates ist auch engagierten Bürgern aus der Mehrheitsgesellschaft unserer Stadt mit einem Quorum von 3 Mitgliedern die Möglichkeit der Mitwirkung in diesem Gremium zu ermöglichen.**

Wenn man das Thema Toleranz und Weltoffenheit und die Aufgaben eines Integrationsbeirates sinnvoll miteinander verknüpft, werde der von der Fraktion gestellte Antrag nachvollziehbar. Insofern sei das Ansinnen, dass auch Mitglieder der Mehrheitsgesellschaft, engagierte BürgerInnen aus unserer Mitte heraus in diesem Beirat mitwirken können.

Analog zu (3) weiter: **Bei den 3 beratenden Mitgliedern ist entsprechend Ziffer 2 einem Mitglied der einheimischen Mehrheitsgesellschaft die Mitarbeit zu ermöglichen.** Auch der Ausländerbeauftragte sollte in den Prozess des Integrationsbeirates intensiv eingebunden sein.

Diesem Punkt trage (4) Rechnung: Als **ständiges Mitglied mit Stimmrecht** gehört dem Integrationsbeirat **der/die Ausländerbeauftragte** an.

Auch hier verweise er auf den Senioren- und Behindertenbeirat, wo auch die Beauftragten mit Stimmrecht mitwirken können.

(5) wird ergänzt: Bei Erfordernis können **folgende Gremien beratend** hinzugezogen werden, **das Präsidium des Stadtrates, die Vorsitzenden der Fraktionen, der/die Integrationskoordinator/in, die Gleichstellungsbeauftragte.**

Als 3. Änderung wird vorgeschlagen zu § 5 Berufungsverfahren:

(1) Zur Bildung eines Integrationsbeirates werden **sowohl EinwohnerInnen mit Migrationshintergrund, wie aber auch die einheimische Bevölkerung durch einen im hiesigen Amtsblatt veröffentlichten Aufruf zur Abgabe von Vorschlägen aufgerufen. Vorschläge sind innerhalb einer Frist von einem Monat nach Veröffentlichung des Aufrufes einzureichen.**

(2) **Vorschlagsberechtigt sind die Fraktionen des Stadtrates, Vereine, Verbände und Organisationen, die auf dem Gebiet der Integrationsarbeit tätig sind.**

(3) **Vorschlagsberechtigt sind alle ausländischen, eingebürgerten bzw. geduldeten Einwohner und alle Bürger der deutschen Mehrheitsgesellschaft, die zum Zeitpunkt**

des Aufrufes das 18. Lebensjahr vollendet haben und in Dessau-Roßlau seit mindestens 6 Monaten ununterbrochen ihren Hauptwohnsitz innehaben.

- (4) ... sofern bei einem Wiederholungsverfahren nicht genügend Vorschläge eingehen, **wird kein Integrationsbeirat gebildet.**
- (5) **Dem Stadtrat obliegt es, nach zwölf Monaten ein nochmaliges Verfahren zur Gründung eines Integrationsbeirates herbeizuführen.**

Beschlussvorschlag 4:

§ 6, Absatz 3 „...sowie die Niederschrift zuständig. **Abschriften des Protokolls der Sitzungen des Integrationsbeirates sind den Fraktionen des Stadtrates zur Kenntnis zu bringen.**“

Herr Tonndorf, Fraktion NEUES FORUM, erklärte, dieser Fülle an Änderungsanträgen nicht folgen zu können. Entweder werde eine neue Vorlage vorgelegt oder die Vorlage wird in die Ausschüsse verwiesen. Er stellte den **Antrag zur Verweisung** der Vorlage in die Ausschüsse.

Herr Bönecke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, stellte bezüglich der Darlegung der Anträge hier im Stadtrat als Mitglied des Hauptausschusses klar, dass Herrn Schwierz im Hauptausschuss das Wort entzogen wurde, da er nicht Mitglied dieses Ausschusses ist und er somit keine Rederecht hat. Deshalb wurde die Diskussion im Hauptausschuss abgewürgt. Somit müsse Herr Schwierz von seinem Recht Gebrauch machen und heute seine Vorschläge darlegen können.

Er sei in der angesprochenen Hauptausschusssitzung anwesend gewesen, merkte **Herr Rumpf, Fraktion der CDU**, an. Es sei zwar richtig, dass Herr Schwierz in dieser Sitzung kein Rederecht hatte, aber es waren Stadträte der Fraktion Die Linke anwesend, die das hätten vorbringen können.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, widersprach und legte dar, man habe sich geeinigt, dass man sich bei der Diskussion, wie sie sich in der Hauptausschusssitzung entwickelt hatte, auf die Stadtratssitzung konzentriere. Das hatte man angekündigt. Ansonsten unterstütze er den Antrag von Herrn Tonndorf auf Verweisung in die Ausschüsse und Neuvorlage.

Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, bemerkte, die Einrichtung eines Integrationsbeirates habe man schon länger vor sich her geschoben. Die Fraktion Die Linke hätte im Hauptausschuss Zeit gehabt, die anderen Stadträte mit einzubeziehen und die Änderungswünsche mitzuteilen. Wie das jetzt laufe, sei ein unmögliches Verfahren. Er halte die vorgelegte Fassung, die auch Änderungen der Linksfraktion enthalte, für praktikabel und handhabbar. Er schlug vor, die Vorlage heute zu beschließen und im Laufe des Verfahrens zu sehen, wie es läuft und dann zu ändern, wenn es nötig ist.

Zu diesem Vorschlag von Herrn Giese-Rehm erklärte **Herr Hoffmann, Fraktion Die Linke**, es gebe dann kein Verfahren mehr, sondern eine Beschlussituation. Man habe sich auf faire Weise mit diesen Themen auseinandersetzen müssen und versucht, sich in qualifizierender Form der Problematik Integrationsbeirat zu nähern. Man habe auch eine ziemlich zähe Diskussion erlebt, wo Anschuldigungen stattgefunden haben, die er nicht nachvollziehen könne. Für die Fraktion Die Linke stand die Bildung des Beirates nie in Frage. Die Frage sei, was er macht, wie er legitimiert wird und wie er in die Ge-

sellschaft hinein wirkt. Die Vorschläge, die heute gekommen sind, seien in einer qualifizierenden Form für den Integrationsbeirat maßgebend, dass man gesagt habe, es müsse noch einmal diskutiert werden, denn man habe die Diskussion teilweise blockiert. Wenn es nicht anders geht, müsse man das im Stadtrat einmal sagen.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, unterstützte die Ausführungen von Herrn Hoffmann. und betonte, er ist nach wie vor der Meinung, dass der Ausländerbeauftragte in dem Gremium und in diesem Prozess eine nicht zu unterschätzende Bedeutung hat und eine andere Wichtung erfahren müsste, als er gegenwärtig in dieser Satzung erfährt.

Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates, stellte fest, dass es keine Wortmeldungen mehr gibt und rief zur Abstimmung auf.

Es wurde zunächst der **Geschäftsordnungsantrag zur Verweisung** der Vorlage in den Haupt- und Personalausschuss zur Abstimmung gestellt, welcher mehrheitlich (20:25:01) **abgelehnt** wurde.

Zu den vier Änderungsanträgen stellte **Herr Dr. Exner** fest, im ersten Änderungsantrag gehe es darum, in den Paragraphen 1, 2 und 3 jeweils die Ortschaftsräte zu ergänzen.

Die Abstimmung zur **Integration der Ortschaftsräte** in die Satzung wurde mehrheitlich (20:25:01) **abgelehnt**.

Der 2. Änderungsantrag zur **Zusammensetzung des Integrationsbeirates** betreffe die Anzahl der **stimmberechtigten (9) und beratenden Mitglieder (3)**.

Angesichts von Unmutsäußerungen im Gremium erklärte **Herr Dr. Exner**, es sei nicht förderlich, wenn so etwas erst heute auf den Tisch kommt. Dennoch müsse es verlesen und zur Abstimmung gebracht werden, auch wenn dennoch nicht jedem klar sei, worüber er abstimmt. Trotzdem es in den Ausschüssen beraten wurde, bekomme man im Stadtrat seitenweise Änderungsanträge, die man nicht mehr überblicken könne.

Herr Dr. Exner setzte in der Verlesung des zweiten Änderungsantrages fort: „**Bei den 9 stimmberechtigten Mitgliedern des Integrationsbeirates ist auch engagierten Bürgern aus der Mehrheitsgesellschaft unserer Stadt mit einem Quorum von 3 Mitgliedern die Möglichkeit der Mitwirkung in diesem Gremium zu ermöglichen. Bei den 3 beratenden Mitgliedern ist entsprechend Ziffer 2 einem Mitglied der einheimischen Mehrheitsgesellschaft die Mitarbeit zu ermöglichen. Als ständiges Mitglied mit Stimmrecht gehört dem Integrationsbeirat der/die Ausländerbeauftragte an. Bei Erfordernis können folgende Gremien beratendes hinzugezogen werden, das Präsidium des Stadtrates, die Vorsitzenden der Fraktionen, der/die Integrationskoordinator/in, die Gleichstellungsbeauftragte.**“

Die Abstimmung zum Vorgetragenen ergab mehrheitliche **Ablehnung** (15:29:02).

Der 3. Änderungsantrag betreffe das Berufungsverfahren: „Zur Bildung eines Integrationsbeirates werden **sowohl EinwohnerInnen mit Migrationshintergrund, wie aber auch die einheimische Bevölkerung durch einen im hiesigen Amtsblatt veröffentlichten Aufruf zur Abgabe von Vorschlägen aufgerufen. Vorschläge sind innerhalb einer Frist von einem Monat nach Veröffentlichung des Aufrufes einzurei-**

chen. Vorschlagsberechtigt sind die Fraktionen des Stadtrates und Vereine, Verbände und Organisationen, die auf dem Gebiet der Integrationsarbeit tätig sind. Vorschlagsberechtigt sind alle ausländischen, eingebürgerten bzw. geduldeten Einwohner und alle Bürger der deutschen Mehrheitsgesellschaft.“

Im Absatz 6 soll es heißen: „**Es wird kein Integrationsbeirat gebildet**, sofern bei einem Wiederholungsverfahren nicht genügend Vorschläge eingehen“.

Absatz 7 soll heißen: „**Dem Stadtrat obliegt es, nach zwölf Monaten ein nochmaliges Verfahren zur Gründung eines Integrationsbeirates herbeizuführen.**“

Herr Dr. Exner rief zur Abstimmung auf, worauf **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, kritisch anmerkte, das von Herrn Dr. Exner Vorgetragene akustisch nicht verstanden zu haben. **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, forderte den Vorsitzenden des Stadtrates auf, den Text korrekt vorzutragen. Er könne nur vom Blatt ablesen, entgegnete **Herr Dr. Exner**, Vorsitzender des Stadtrates, und verlas erneut den 3. Änderungsantrag.

Die Abstimmung ergab mehrheitliche **Ablehnung** (14:26:06).

Laut 4. Änderungsantrag soll im § 6 Absatz 3, ergänzt werden: „**Abschriften des Protokolls der Sitzungen des Integrationsbeirates sind den Fraktionen des Stadtrates zur Kenntnis zu bringen.**“

Der Änderungsantrag wurde mehrheitlich **abgelehnt** (16:26:04).

Herr Bönecke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, gab vor der Abstimmung der ursprünglich eingereichten Beschlussvorlage eine persönliche Erklärung ab: „Nachdem der Stadtrat mehrheitlich offensichtlich der Meinung ist, dass die Integration ausländischer Bürger ohne Mitwirkung der deutschen Mehrheitsbevölkerung funktionieren kann, könne er der Fassung, wie sie jetzt abgestimmt werden soll, nicht mehr zustimmen.“

Frau Andrich, Fraktion Die Linke, erklärte persönlich, dass es sich hierbei nicht um einen Integrationsbeirat, sondern um einen einfachen Ausländerbeirat handele.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, legte dar, er habe bereits bei seiner Einführung erwähnt, dass er es bedaure, dass dieses Thema ein solches Ende nimmt. Man müsse sich die Frage stellen, will man wirkliche Integration. In dem Fall werde sie so nicht gelingen, wenn man nicht die Mehrheitsgesellschaft mitnehme und auch unzureichend die Stadträte. Aus diesem Grunde hatte er vor, sich zu enthalten. Er müsse aber, um sein Verständnis auf den Punkt zu bringen, einer solchen Fassung eine Absage erteilen.

Die Vorlage DR/BV/095/2011/I-GSB wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 25:17:04

7.5 Maßnahmebeschluss zur Eingliederung des Zytostatika-Herstellungsbereiches in das ehemalige Wirtschaftsgebäude (BA 5.2)

Vorlage: DR/BV/042/2011/I-SKD

Der Maßnahmebeschluss wurde einstimmig gefasst.

Abstimmungsergebnis: 46:00:00

7.6 Einführung der Doppik - Inventarisierung von beweglichen Anlagegütern
Vorlage: DR/BV/017/2011/II-20

Der Stadtrat stimmte dem Beschlussvorschlag einstimmig zu.

Abstimmungsergebnis: 46:00:00

7.7 Abschluss eines Konzessionsvertrages OT Brambach, Rodleben, Streetz, Mühlstedt, Sollnitz, Kleutsch; Abschluss eines Abtretungsvertrages
Vorlage: DR/BV/046/2011/II-30

Herr Kleinschmidt, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, verwies zur Klarstellung darauf, dass der § 7 zweimal gefasst wurde, einmal im Text und einmal in der Anlage. Er sei aber nicht gleich lautend. Im Aufsichtsrat der DVV habe man sich für den Text im eigentlichen Vertrag geeinigt und die Anlage 4 damit wirkungslos gemacht, weshalb er um Klarstellung bitte.

Mit dem Verfahren wurde ein Mustervertrag ausgegeben, entgegnete **Frau Beigeordnete Nußbeck**. Die DVV sei in ihrem Angebot über den Mustervertrag hinausgegangen, was auch Bestandteil des vorliegenden Vertrages sei. Es wurde den Stadträten aber auch der alte Vertrag mit hinzugelegt, damit man sehen könne, wo die Veränderung ist. Abgestimmt werde über den Vertrag, Anlage 4 sei nur zur Information gegeben worden.

Die Vorlage wurde beschlossen.

bstimmungsergebnis: 46:00:00

7.8 Abschluss eines Gaskonzessionsvertrages für das Stadtgebiet Dessau und das Stadtgebiet Roßlau sowie die Ortsteile Rodleben und Mühlstedt; Abschluss eines Abtretungsvertrages.
Vorlage: DR/BV/048/2011/II-30

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 46:00:00

7.9 Neufassung der Betriebssatzung des Anhaltischen Theaters Dessau
Vorlage: DR/BV/085/2011/II-30

Die Neufassung der Betriebssatzung des Anhaltischen Theaters wurde einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 46:00:00

7.10 Überplanmäßige Ausgabe für die HH-Stelle 51010.64000
Versicherung für das Klinikum Haushaltsjahr 2011.
Vorlage: DR/BV/118/2011/II-30

Der überplanmäßigen Ausgabe gemäß Beschlussvorschlag wurde genehmigt.

Abstimmungsergebnis: 46:00:00

7.11 Aufhebung der Vorhaltung von als Obdachloseneinrichtungen nicht mehr genutzten Gebäuden bzw. Vorhaltung von Obdachloseneinrichtungen in der Stadt Dessau-Roßlau
Vorlage: DR/BV/035/2011/V-50

Dem Beschlussvorschlag wurde einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 46:00:00

7.12 Zweckvereinbarung zwischen dem Landkreis Wittenberg und der kreisfreien Stadt Dessau-Roßlau zur Durchführung der Handelssklassenüberwachung
Vorlage: DR/BV/032/2011/V-53

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 45:00:01

7.13 "Wachstums- und Infrastrukturentwicklungskonzept für die gewerbliche Wirtschaft der Stadt Dessau-Roßlau als Oberzentrum der Region Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg"
Vorlage: DR/BV/054/2011/VI-80

Herr Mau, CDU-Fraktion, bezog sich auf Seite 3 der Anlage 1 und zitierte: „Zur direkten Stärkung der lokalen Wirtschaft und zur Intensivierung der Aktivitäten in den Bereichen Akquisition und Bestandspflege ist die Gründung der ‚**Wirtschaftsinitiative Dessau-Roßlau Plus**‘ erforderlich, welche die Kompetenzen der Wirtschaftsförderung und Wirtschaftsverbände in den Arbeitsbereichen Forschung & Entwicklung, Fachkräfte, Export sowie Handwerk & Handel bündeln und die Netzwerkarbeit verbessern soll.“ Er merkte an, ihm sei nicht bekannt, dass im Wirtschaftsbeirat darüber gesprochen wurde. Zwar seien die Verbände stark an einer Zusammenarbeit interessiert, sie müssten aber zuvor gefragt werden, ob sie die Kraft haben, noch in weiteren Gremien mitzuarbeiten.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, informierte, es gebe das Signal aus den Verbänden, u. A. aus der Handwerkerschaft. In wenigen Tagen soll im Fachausschuss über mögliche Gemeinsamkeiten beraten werde. Das Vorliegende sei machbar und sollte beschlossen werden.

Feststellend erklärte **Herr Professor Schmidt, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, er bedaure, dass die Langfassung des Gutachtens nicht allen Stadträten zur Verfügung gestellt wurde, sondern nur den Fraktionen. Es beinhalte viele sinnvolle Sachen.

Notwendig sei auch, dass die Beschlusspunkte 1 und 2, die in der Vorlage gestrichen wurden, durch den Stadtrat beschlossen werden. Er finde einen Beschluss nicht richtig, Ämter der Stadt zu beauftragen, eine Präzision vorzunehmen. Es handele sich um ein grundsätzliches Dokument, welches richtiger Weise aussagt, dass in der Wirtschaftsentwicklung Schwerpunkte auf die Themen Pharma, Gesundheitswirtschaft und Tourismus gesetzt und diese gestärkt werden müssen. Das sind drei wichtige Aussagen, welche in dem umfassenden Dokument gut dargestellt sind.

Insofern stellte **Prof. Schmidt** den **Antrag**, die **Punkt 1 und 2** heute **mit zu beschließen** und den Stadträten die Langfassung auszureichen, da die Kurzfassung viel herauschneidet, was an wichtigen Ergebnissen da ist.

Herr Kleinschmidt, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, verwies auf sein Problem, der Vorlage zustimmen zu können. So stehe in der Anlage 1, dass in einem Zeitraum vom 5 bis 10 Jahren im Zuge des Ausbaus der B6n in Kooperation mit der Region ein interkommunales Gewerbegebiet geschaffen werden soll und die Stadt Dessau-Roßlau sich zu einem regionalen Zentrum der Weiterbildung entwickelt. Er fragte, ob es nicht angebracht wäre, dass Dessau seine eigenen Gewerbegebiete füllt. Es seien zunächst alle Anstrengungen zu unternehmen, alle Gewerbegebiete zu vermarkten. Dass man anschließend in die Region geht, sei eine ganz andere Frage.

In einer intensiven Diskussion im Haupt- und Personalausschuss habe man sich für die Streichung der Punkte 1 und 2 entschlossen, erklärte **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**. Die Vollversion des Gutachtens liege allen Fraktionen vor, womit jedem der Zugang gegeben sei. Da die Zusammenfassung etwas unglücklich gewählt ist, was die Wichtung der eigentlichen Begründung der Vorlage angeht, hatte man sich zu dieser Version der Beschlussfassung entschieden, da man wollte, dass das Papier mehrheitsfähig wird. Aus diesem Grunde wolle man bei dem erarbeiteten Standpunkt bleiben. Es sei ehemals eine Vision, eine Aufgabenstellung und Arbeitsrichtung, die in jedem Fall nicht falsch sei.

Wenn so etwas beschlossen werden soll, sollte man mit den entsprechenden Partnern im Vorfeld reden, betonte **Herr Mau, CDU-Fraktion**. Man habe einen Wirtschaftsbeirat, der seit 2009 existiert. An Herrn Schönemann gewandt, erklärte Herr Mau weiter, er kenne dessen Freundschaft zu Herrn Krökel, der **ein** Verbandsmitglied vom Wirtschaftsbeirat sei, man sollte aber alle fragen, weshalb er im Namen der CDU-Fraktion **beantragte**, diese Vorlage in die **Ausschüsse zurückzuverweisen** und zuerst mit den Verbänden zu sprechen.

Der Rückverweisung könne er zustimmen, erklärte **Herr Bönecke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, ihm sei aber sauer das von Herrn Mau Gesagte aufgestoßen, dass man einen Wirtschaftsbeirat habe. Herr Bönecke stellte klar, man habe keinen durch dieses Haus legitimierten Wirtschaftsbeirat. Trotz wiederholter Anmahnung einer entsprechenden Satzung, damit dieses Gremium endlich legitimiert und auch ordentlich gewählt werden kann, sei das bis heute nicht der Fall.

Sein Anliegen sei nicht, zu polarisieren, stellte **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, fest. Das Papier helfe an dieser Stelle, die eingeforderte Satzung für einen qualifizierten Wirtschaftsbeirat zu beschleunigen. Er fragte, wann es soweit sein werde, zu einer Satzung und einem qualifizierten Wirtschaftsbeirat zu kommen.

Bezüglich des Einwurfes von Herrn Mau bestätigte der **Vorsitzende des Stadtrates**, dass jeder Redner nur 2x zu jedem Tagesordnungspunkt reden könne. Das Problem sei damit erkannt.

Herr Dr. Weber, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, fragte nach, ob es richtig ist, dass im Wirtschaftsausschuss mit 05:01 für den Beschlussvorschlag ohne Streichung der ersten beiden Punkte gestimmt wurde. Nachdem dies bejaht wurde, legte er dar, er

könne den Antrag von Herrn Professor Schmidt unterstützen, denn was jetzt noch übrig geblieben ist, sei gar nichts. Im Prinzip arbeite die Stadtverwaltung an dem, was im Wesentlichen schwerpunktmäßig benannt ist. Dass manche Luftnummern enthalten sind, wie ein interkommunales Gewerbegebiet, was Industriegebiet heißen müsse. Gewerbegebiete habe man selbst genügend. Die Frage sei, ob man Industrie noch ansiedeln kann. Das könne man in der Stadt nicht mehr, was etwas ganz anderes sei.

An Herrn Mau gewandt, legte **Herr Dr. Weber** dar, man habe im Wirtschaftsausschuss das Konzept vor den Wirtschaftsbeiräten vorgestellt und die Diskussion mit den Wirtschaftsverbänden geführt. Zum Wirtschaftsbeirat verweise er auf die vorletzte Sitzung des Wirtschaftsausschusses, wo die Satzung in vier Wochen zugesagt wurde.

Man lerne immer hinzu und er würde auch keine Kurzfassung wieder ausreichen, sondern eine Langfassung, entgegnete **Herr Beigeordneter Hantusch**. Man sei aber davon ausgegangen, dass alle Fraktionen die Langfassung haben und jeder Interessierte könne über die Langfassung verfügen, sie prüfen und nachlesen. Zu bedenken gebe er auch, dass die Langfassung einen Druck von 10.000 Seiten ausgemacht hätte. Bereits im Hauptausschuss sei ihm das negativ aufgefallen, dass das scheinbar in diesem Stadtrat problematisch ist. Die Langfassung enthält Bereiche, die nicht unbedingt für die Öffentlichkeit bestimmt sind, die man nicht so publizieren sollte. Das alles waren Gründe, die für eine Kurzfassung gesprochen haben.

Zur B6n könne man das eine machen und das andere nicht lassen, sie habe eine strategische Ausrichtung, welche man nutzen wolle. An Herrn Mau gewandt, erklärte **Herr Hantusch** weiter, wenn man in diese Richtung gehen müsste, müsse man erst mit Bitterfeld/Wolfen möglicherweise sprechen, weil man das nur interkommunal machen könne, bevor man so etwas in ein Konzept der Stadt Dessau-Roßlau hinein nehme. Hier sollte man Selbstbewusstsein und auch inhaltliche Führung übernehmen und sagen, das ist eine Intention, die wir haben. Dann habe man dieses Themenfeld besetzt und dann sehe man, ob es dazu kommt, was ein normales und übliches Verfahren sei. Das beziehe sich auch auf die Verbände. Wenn wir sagen, sie können und sollen bei diesem Thema mitwirken, sei das erst einmal die Intention der Stadtverwaltung Dessau-Roßlau, der Politik in Dessau-Roßlau und dann sehe man mal, ob die anderen mitmachen.

Für den Wirtschaftsbeirat sei die Satzung erstellt und jetzt im Rechtsamt zur Prüfung, ergänzte **Herr Hantusch**. Anschließend werde er mit dem Oberbürgermeister sprechen und dann gehe sie unmittelbar in die OB-Dienstberatung und anschließend in die Fachausschüsse und in den Stadtrat.

Herr Hoffmann, Fraktion Die Linke, legte dar, wenn man lese, was unter den gestrichenen Bereichen stehe, wäre z. B. das was als Beschlussvorlage übrig geblieben ist, nicht möglich, wenn man diese Vorlage nicht billigt. Man müsse es also nicht noch einmal explizit hervorheben. Wenn man aber einen Beschlusspunkt 1 macht, habe man die Intention gebilligt. Er wolle auch eine Brücke zu Herrn Mau bauen: Der Text, der jetzt übrig geblieben ist, lasse das, was gestrichen ist, völlig am Leben. Er lasse aber auch die Kommunikation mit den Verbänden nach wie vor zu, d.h. auch die Integration derer, die jetzt vielleicht beklagen, dass sie nicht ausreichend beteiligt waren. Insofern sei es beschlussfähig.

Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates, verwies auf die vorliegenden Änderungsanträge und brachte zunächst den **Antrag zur Rückverweisung** der Vorlage an die **Verwaltung** zur Abstimmung. Dieser wurde mehrheitlich **abgelehnt** (17:24:05).

Der **Antrag zur Aufnahme der gestrichenen Punkte**, so dass die Vorlage insgesamt gilt, wurde mehrheitlich **abgelehnt** (11:24:11)).

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 28:01:17

7.14 Erhebung von Daten im Rahmen des Modellprojektes "Standortfaktor Immobilien - Potenzialanalyse für das Oberzentrum Dessau-Roßlau in der Planungsregion Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg"
Vorlage: DR/BV/060/2011/VI-80

Herr Bönecke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, legte aus der Diskussion im Hauptausschuss richtig stellend dar, er hatte zu dieser Vorlage, in der ein Kostenblock fehlt und der Finanzierungsbedarf nicht ausgewiesen ist, in der Haupt- und Personalausschusssitzung gefragt, wie die Finanzen aussehen. Dazu wurde von der Verwaltung gesagt, darüber habt ihr bereits abgestimmt. Er habe rechtzeitig vor der heutigen Stadtratssitzung eine Antwort auf die Frage bezüglich der Kosten bekommen. Klarstellen wolle er, dass dies nicht durch den Hauptausschuss oder diesen Rat, sondern durch die OB-Dienstberatung beschlossen wurde. Er finde es ein Unding, dass in der Hauptausschusssitzung gesagt wird, der Hauptausschuss habe bereits beschlossen, was die Finanzen anbelange und tatsächlich sei es nicht so. Es gehe im Ergebnis um 75 T€, die hierfür ausgegeben werden, davon 10 T€ Eigenmittel der Stadt.

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 28:01:17

7.15 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 58 "Biogasanlage Lukoer Straße" - Billigungs- und Auslegungsbeschluss
Vorlage: DR/BV/030/2011/VI-61

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 29:03:13

7.16 Abwägung zum Vorentwurf des Bebauungsplans Nr. 101 "Gewerbegebiet Dessau-Mitte, Teilgebiet B 1"
Vorlage: DR/BV/051/2011/VI-61

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 45:00:00

7.17. Beschluss über die Weitergeltung der örtlichen Bauvorschriften in den rechtskräftigen Bebauungsplänen B 122, B 136 A2, B-D, B 146, B 157 sowie VE-Plan Nr. 17
Vorlage: DR/BV/062/2011/VI-61

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 45:00:00

7.18 Entwicklungskonzept für die Achse zwischen Bahnhof und Stadtpark und Maßnahmebeschluss für erste Umsetzungen Vorlage: DR/BV/075/2011/VI-65

Herr Weber, CDU-Fraktion, führte an, in der letzten Stadtratssitzung sollte man über eine Prioritätenliste abstimmen, die durch alltägliche Notwendigkeiten bald wieder überflüssig ist. Man habe ein Zentrenkonzept beschlossen, welches nun keine Rolle mehr spielen soll. Herr Prof. Schmidt habe bereits deutlich gemacht, dass das Zentrenkonzept hier keine Vordringlichkeit gesehen habe. Auch bei dem Quartierskonzept Johannisstraße/Ferdinand-von-Schill-Straße war eine Vordringlichkeit der Umgestaltung dieser Achse nicht vorgesehen. Die Gestaltung dieser Achse wäre auch schön und für unser Theater würden wir auch fast alles tun, der Stadtrat sah diese Priorität aber noch nicht vor sich liegen, aber 2 Mio. € am Finanzausschuss, am Haushalt vorbei. Man habe vor wenigen Wochen gesagt bekommen, dass bereits beschlossene Investitionen im Rahmen Soziale Stadt aus Geldmangel nicht umgesetzt werden können. Herr Hantusch solle hier und jetzt erklären, dass aus rechtlichen Gründen diese Gelder nicht für die Soziale Stadt verwendet werden durften.

Er vermische 2 Dinge, denn man habe es mit Stadtumbaumitteln zu tun, erwiderte **Herr Beigeordneter Hantusch**. Das Programm Soziale Stadt sei ein Programm, was bundesweit in den vergangenen Jahren 98 Mio. € betragen habe und von der derzeitigen Bundesregierung zusammengestrichen wurde auf 28 Mio. €. Was hier dargestellt wird, sei nicht aus dem Ansatz der Stadt, sondern aus dem Ansatz Stadtumbau.

Das sei ihm klar, er wolle aber wissen, ob sie rechtlich nicht umgewidmet werden durften, entgegnete **Herr Weber**. Herr Hantusch solle weiter erklären, wie er den Bürgern erklären wolle, dass der Stadtpflegebetrieb in Dessau 3.000 € in den nächsten Jahren jährlich einsparen will, indem er die Objektbeleuchtung abschaltet und stattdessen neue Kabel für die Baumbelichtung in den Theaterpark legen wolle. 2 Mio. € für nichts weiter als für eine besonders schöne Parkanlage, während man in Kleinkühnau nicht genug Geld habe, um ein paar Bordsteine abzusenken und den Parkstreifen in der Rosenburger Straße zu gestalten, 200 T€ Eigenmittel, die aufgebracht werden sollen.

Wenn die Mittel schon jahrelang zur Verfügung gestanden haben, warum wurde dann erst jetzt eine Vorlage zur Verwendung der Mittel und ohne Beteiligung des Finanzausschusses eingebracht, fragte Herr Weber weiter. Weshalb wurde der Finanzausschuss nicht parallel zum Wirtschafts- und Bauausschuss beteiligt? Der Wirtschaftsausschuss könne sich fachlich dazu äußern, ob die Maßnahme für die wirtschaftliche, hier touristische Entwicklung förderlich wäre, habe aber nie eine solche Achse von sich aus gefordert. Der Bauausschuss könne sich fachlich äußern, ob der Vorschlag zur städtebaulichen Entwicklung passt und ob dem Stadtbild ein neuer Impuls gegeben wird. Er hätte sich aber auch dazu äußern sollen, weshalb die Konzepte für Quartier und Zentrum den Vorschlag nicht als vordringlich beinhalten. Der Finanzausschuss hätte aber erörtern müssen und vielleicht auch der Rechnungsprüfungsausschuss, weshalb hier Fördergelder fast verfallen wären und ob die zusätzlichen Eigenmittel überhaupt aus den anderen Haushaltsbereichen entbehrlich sind. Mit 200 T€ Eigenmittel könnte man den Park auch aufhübschen.

Gehe es immer nur um Fördermittel, ist das immer ein ausreichender Grund, im Stadtrat so zu drängen, gegen oder ohne die Konzepte zu handeln. Wollen wir weiter die

Sklassen der Politik von außen sein oder wollen wir selbstbestimmt unsere Aufgaben und Verpflichtungen erfüllen. Er lasse sich nicht ohne eine Finanzabwägung im zuständigen Ausschuss zu einer überhasteten Entscheidung drängen.

Herr Weber beantragte die **Verweisung in den Finanzausschuss**.

Herr Professor Schmidt, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, bemerkte, er hatte bei der Entwicklungsphase dieses Thema schon angesprochen und halte nach wie vor einige Maßnahmen für entbehrlich. Es gebe im Zentren- und Quartierskonzept andere bekannte Maßnahmen. Auch gebe es beim Stadtumbau Ost, aus dem das Geld kommt, einen Passus Management und Beratungsleistungen. Man hätte z. B. aus diesem das Quartiersmanagement ohne Not finanzieren können. Offensichtlich sei es eine Prioritätensetzung der Stadtverwaltung, dass man die Soziale Stadt nicht mehr möchte und dafür Stadtachsen baut, die nicht wirklich welche sind und auch nicht mit vorherigen grundsätzlichen Beschlüssen übereinstimmen. Deshalb werde er gegen die Beschlussvorlage stimmen.

Es werde alles durcheinander gebracht, was ihn erschüttere, legte **Herr Beigeordneter Hantusch** dar. Klar, man müsse sparen und die Finanzdezernentin sehe natürlich, ob man die Beleuchtung optimieren könne. Das werde man demnächst tun und es sind Beschlüsse in der Vorbereitung. Wenn man aber auch sehe, dass es Achsen gibt, die schwierig sind für Besucher, gehe man das an. Diese Achse Bahnhof, Innenstadt, Stadtpark gehe absolut konform mit dem Quartierskonzept Johannisviertel als auch mit dem Zentrenkonzept. Man habe die Fördermittel am 01.03.2011 bekommen und müssen sie bis September ausgegeben haben. Man nehme auch die Bevölkerung mit. In dieser Woche finde eine Begehung statt. Insofern tue man alles, damit die Bevölkerung sieht, was wir machen und dass das Geld vernünftig ausgegeben wird. Insofern sei man gerade von der Notwendigkeit dieser Achse absolut überzeugt, denn hier liegen einige Dinge, die man herauskehren wolle. Es sei deshalb gut angelegtes Geld und er erinnere daran, dass der Tourismus im Leitbild als Leitplanke ganz oben steht. Man tue gut daran, diese Achse zu stärken.

Im Bauausschuss wurde die Vorlage kontrovers diskutiert und positive Ansätze von strategisch langfristiger Konzeption erkannt, die schon einmal aufgegeben waren, führte **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, aus. Man komme jetzt auf den Pfad der Tugend zurück, weil ein homogener Stadtorganismus am Ende nach einhelliger Betrachtung immer wieder zu gleichen Ergebnissen führt. Das treffe sowohl für die Stadtterrasse in der Kavallerstraße zu als auch für diese Achse, wenn man den Verkehr als korrespondierend sieht, also die Bahn nicht abschreibt. Er könne Herrn Professor Schmidt verstehen, dass er nach seiner Lesart aus der Vergangenheit das eine oder andere Projekt persönlich betreut und sicherlich auch mit Prioritäten versetzt hat. Man habe sich in einer inhaltlichen Diskussion aber einmal für eine andere Richtung entschieden, weil die Effizienz der Maßnahmen der Vergangenheit nicht das brachte, was man sich vorgestellt hatte. Man habe viel Geld auf den Weg gebracht und die Nachhaltigkeit in den Quartieren nie erreicht. Aus diesem Grund solle die Stadt so entwickelt werden, dass sie von den Bürgern angenommen, geliebt und akzeptiert wird. Wenn dann noch Besucher hinzukommen, die das toll finden, sei man ein Stück weiter.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, erklärte, im Bauausschuss habe man sich über die Wasserharfe unterhalten und sich dazu verständigt, wenn man sie umsetzt,

dann wenigstens auf die Westseite des Weges, damit das Wasserspiel zusammen mit dem Lichteffect überhaupt noch funktioniert. So wie es in der Vorlage vorgesehen ist, funktioniere das nicht mehr. Er hätte erwartet, dass der gemeinsam getragene Beschluss des Bauausschusses heute durch die Verwaltung eingeführt würde. Gerade habe er gehört, dass sie ohne Wasseranschluss versetzt werden soll, weil kein Geld für das Wasser da sei, könne sie als Skulptur wirken. Herr Otto gehe davon aus, wenn sie umgesetzt wird, dann mit Wasser. Es sei übrigens die 2. Umsetzung. Man sollte noch einmal darüber nachdenken, ob man sie vielleicht doch an diesem Platz stehen lässt und den Wasseranschluss damit sichern kann. Sein Votum wäre, heute unter dem Gesichtspunkt zu beschließen, **Umsetzung auf die Südseite**, damit man vom Weg aus durch das Wasser gegen das Licht sehen kann. Auf der Ostseite habe man kein Licht.

Herr Professor Schmidt, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, bemerkte, es sei immer die Frage stringent oder nicht stringent. Insofern sei es Aufgabe, die Umsetzung gefasster Beschlüsse des Stadtrates auch als Bauausschussvorsitzender zu unterstützen. Es gibt ein Zentrenkonzept und das zentrale Credo des Zentrenkonzeptes ist, sich angesichts knapper werdender finanzieller Mittel öffentlicher Hände im Wesentlichen im Bereich zwischen Museumskreuzung, Kavallerstraße und Zerbster Straße zu konzentrieren. Das sei Beschlusslage. Jeder, der hier erzählen will, in dem Zentrenkonzept gibt es eine Zentrenachse vom Bahnhof in den Stadtpark und im Quartierskonzept ist es enthalten, solle die Unterlagen lesen. Er werde es nicht finden. Es sei das Problem der Dessauer Stadtplaner, dass ständig Beschlüsse gefasst werden, die dann nicht umgesetzt werden, ständig neu aufzurufen, neue Konzepte zu machen und man kommt aus einem Schlingerkurs nicht heraus, was schade für die Stadt sei. Man könne aber hier nicht so tun, als ob andere Konzepte, die vorher da sind, genau das jetzige Konzept unterstützen. Herr Hantusch habe vorhin gesagt, der Masterplan Innenstadt würde das voll decken. Prof. Schmidt fragte, wer denn den Masterplan Innenstadt kenne - keiner!

Er sei auch dafür, dass Beschlüsse gehalten werden, erwiderte **Herr Beigeordneter Hantusch**. Man erlebe es aber jeden Tag, dass die Welt sich immer schneller dreht, oder man zumindest den Eindruck hat, dass es so ist. D. h. die Innovationszyklen seien immer kürzer und damit auch der Bestand von langfristig angelegten Konzepten. D. h. aber nicht, dass Konzepte generell über den Haufen geworfen werden, sondern wenn es neue Erkenntnisse gibt, sollte man diese auch nutzen. Die neueren Erkenntnisse waren eben, es wurden Defizite auf einer Achse festgestellt, man habe Fördergelder zur Verfügung und wolle diese sinnvoll einsetzen. Das sei nicht abweichend vom Zentrenkonzept, sondern ergänzend zu sehen. Wenn man sagen würde, das Zentrenkonzept sei das allumfassende Konzept, brauche man nicht einmal mehr den Masterplan Innenstadt. Man habe aber gesehen, dass es Schnittstellen gibt, welche in dem Zentrenkonzept nicht so explizit analysiert wurden. Wir sagen jetzt, im Masterplan Innenstadt gebe es auch Defizite und Schnittstellenprobleme. Wenn man auswärtige Stadtplaner in die Stadt hole, sagen diese sofort, wo die Schnittstellen nicht vernünftig aufeinander abgestimmt sind, wo es Probleme gibt und die Stadt wie zusammengewürfelt aussieht. Deshalb versuche man bei allen finanziellen Schwierigkeiten, hier langfristig die problematischen Schnittstellen zu minimieren. Man wolle aus dieser Stadt eine lebens- und liebenswerte Stadt mit weniger Schnittstellen und weniger Brüchen machen.

Frau Lohde, CDU, erinnerte an die Kritiken zum Umfeld des Theaters. Jetzt werden die Straßen gemacht, das ist richtig und dem Erscheinungsbild des Theaters 20 Jahre nach der Wende endlich angemessen. Der Inhalt stimmt im Theater, aber das äußere Umfeld

nicht. Insofern sei es eine ergänzende und flankierende Maßnahme, wo sich die Verwaltung bemüht, das in einem Guss zu machen.

Bezüglich der angrenzenden Gebäude stellte **Frau Lohde** die Frage, ob es inzwischen ein Konzept für die Y-Häuser gibt, zumindest eines zu sanieren. Nach wie vor stoße es auf größtes Unverständnis, dass das nicht wirtschaftlich darstellbar sein soll. Als der Stadtpark gemacht wurde, hatte man gesagt, nach Möglichkeiten auch die anliegenden Wohngebäude zu sanieren, was zum Teil gelungen sei. Gibt es Perspektiven, wenn das jetzt hier entwickelt wird, in Bezug auf den „Roten Ochsen“(?) und das Einliegerhaus bei Aveni, die bekanntlich Eigentum der Wohnungsgenossenschaft sind.

Der Beitrag von Frau Lohde zeige, dass man in die gleiche Richtung denkt, erwiderte **Herr Beigeordneter Hantusch**. Das Theater sei eine Perle und müsse weiter herausgestellt werden. Er sei froh, dass man die Teerdecke habe, dass wir den Friedensplatz mit wenig Mitteln aufwerten. Natürlich gehören auch die Gebäude dazu. Die DWG arbeite intensiv an ihrem gesamten Gebäudebestand. Er wird analysiert mit allen Auswirkungen. Die Spielräume dort seien aber sehr eng. Das beinhalte auch die Y-Häuser, was mit ihnen passiert. Diese Frage werde die DWG noch in diesem Jahr beantworten. Auch der „Rote Ochse“(?) sei in der Analyse enthalten.

Herr Rumpf, CDU-Fraktion, erklärte, nicht gegen das Theater und die Aufhübschung des Platzes zu sprechen. Es fehle aber in der Diskussion die eigentliche Abwägung dazu. Hier werde ein Beschluss mit einer zwingenden Terminkette durchgepeitscht. Wenn die Achse gemacht werde, habe das auch Auswirkungen auf die Zerbster Straße. Die eigentliche Frage, die man abwägen müsste sei, ob man mit den 200 T€ Eigenmitteln und den einen oder anderen Fördermitteln vielleicht auch etwas mit der Zerbster Straße anfangen könne. Er fragte, was jetzt das Bessere sei. Dort eine Aufhübschung oder die Zerbster Straße. Diese Thematik komme in der Diskussion zu kurz und mache die Sache für ihn besonders schwierig.

Das mag in der Außendarstellung so wirken, sei aber nicht so, entgegnete **Herr Beigeordneter Hantusch**. Herr Rumpf solle den Hinweis geben, welchen Teil Zerbster Straße er meine, den freien Platz, oder am NH-Hotel in Richtung Albrechtstraße.

Nach der Klarstellung von Herrn Rumpf legte **Herr Beigeordneter Hantusch**, dar, wie man sich der Zerbster Straße nähert. Der Rathausplatz sei in Bearbeitung mit City-Net und den Anliegern. Es gab einen Wettbewerb mit der Hochschule Anhalt, wie man den Platz anders gestalten kann. Dann gab es die Möglichkeit, über ein Programm Geld zu bekommen für den Bereich NH-Hotel bis zur Albrechtstraße. Den wollte man besser gestalten, weil auch viele Touristen im NH-Hotel absteigen. Man hatte Planungen, die über mehrere Stufen optimiert wurden und anfangs bei 800 T€ lagen. Diese wurden erheblich heruntergestuft und es wurde gesagt, es müsste vorher mit den Anliegern besprochen werden. Die Anlieger sind der Meinung, es soll so bleiben wie es ist. Das werde man jetzt im Bauausschuss vortragen. Die Anlieger vom NH Hotel in Richtung Albrechtsplatz wollen keine Aufwertung dieser Straße haben, weil das auch Straßenausbaubeiträge betreffe, die sie bezahlen müssten.

An Herrn Rumpf gewandt, führte **Herr Hantusch** weiter aus, im Ausschuss wurde intensiv diskutiert zur Zerbster Straße über das Johannisviertel in Richtung Bahnhof und festgestellt, man könne das nicht leisten, denn es sei zu teuer. Deshalb habe man sich

für die andere Richtung entschieden über den Stadtpark. Dieser wurde für 2 Mio. € gemacht und hier könne man auch zeigen was man hat. Auch die Kavalierrstraße spiele eine große Rolle, hier sei es aber von Rahmenbedingungen abhängig, die man ändern müsse. Das sei ein schwieriger Prozess. Die Zerbster Straße sei aber im Focus, man müsse aber auf die Anlieger und die dort befindliche Händlerschaft eingehen.

Herr Bekierz, Leiter des Amtes 65, erhielt das Rederecht und ging auf die mehrfach genannten 200 T€ Eigenmittel ein. Hier gehe es um eine Maßnahme in Höhe von 730 T€, die aus dem Stadtumbau Ost finanziert werde und aus eingesparten Mitteln, die uns unerwartet noch einmal zur Verfügung gestellt wurden. Diese können auch nur in diesem Gebiet ausgegeben werden. Das Konzept folge deutlich dem Quartierskonzept Johannisstraße/Theaterviertel. Die bearbeiteten Punkte heben ganz wesentlich dieses Quartier hervor. Insofern verstehe er die Hinweise gerade von Herrn Professor Schmidt nicht. Bei 14 % Eigenanteil im Stadtumbau von 730 T€ komme man nicht auf 200 T€. Die 14 % gehen aber nicht genau auf, da noch ein Ausgleich aus verbrauchten Fördermitteln zu zahlen ist, denn es sei ein Abschluss von 2 Programmjahren, wo Eigenmittel noch aufzubringen sind. Das habe aber nichts damit zu tun, dass man eine reine Maßnahme durchführt. Diese Eigenmittel müssten wir in jedem Fall bezahlen.

Zu den von Herrn Otto angesprochenen Änderungen habe man im Ausschuss gesagt, dass sie in die weiteren Planungen einfließen. Die weitere Planung finde aber erst statt, wenn ein Maßnahmebeschluss erfolgt ist. Insofern konnte das nicht in die Planungen aufgenommen werden. Die Änderungen werden aber alle berücksichtigt, wobei ein guter Teil davon bereits in dieser Maßnahme umgesetzt werden könne.

Richtig stellend führte **Herr Bekierz** weiter aus, es würden noch 2 Dinge vermischt. Das Entwicklungskonzept sei ein koordinierendes Konzept, das Möglichkeiten aufzeigt und die Richtung vorgibt bei sowieso stattfindenden Pflegemaßnahmen und sonstigen Investitionen. Hier liege ein Maßnahmebeschluss vor, der sich konkret auf die vorhandenen Stadtumbaumittel bezieht und die wichtigsten Punkte aus diesem Konzept herausgezogen hat.

Frau Dammann, FDP-Fraktion, schloss sich ihrem Vorredner aus Kleinkühnau an, sie komme aus Mosigkau, wo auch sehr wenig auf den Straßen passiere. Hier gehe es aber um eine gute Sache, denn Dessau soll schöner werden. Sie wisse, wie lange es dauert Fördermittel zu bekommen, deshalb solle man nunmehr zur Beschlussfassung kommen.

Frau Grabner, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, merkte an, es sollen 722 T€ für die Verschönerung der Achse beschlossen werden. Frau Lohde habe aber mit den unsanierten Y-Häusern ein gutes Beispiel gebracht, weshalb sie fragte, ob es möglich gewesen wäre, diese Gelder an Private für Sanierungen zu geben und dann nicht die Begrünerung zu bezahlen, sondern die Straßenzüge.

Man rede von eingesparten Mitteln des Landschaftszuges, erwiderte **Herr Bekierz**. Es waren schon einige Verrenkungen erforderlich, um über den Umweg Stadtpark, dann in die Achse, die auch grün ist, hineinfördern zu können. Es wäre also nicht ohne Weiteres gegangen. Wenn theoretisch vielleicht die Chance bestanden hätte, wären die EFRE-Mittel weg, bis man diese Genehmigung bekommen hätte. Das Hauptthema sei der Verbrauch der EFRE-Mittel von der Europäischen Union, die zeitlich befristet sind.

Selbst wenn das Land zustimmen würde und das wollte, könnte es diese Mittel nicht mehr zur Verfügung stellen.

Frau Storz, SPD, bezog sich auf den Punkt 2 der Vorlage, welcher sich auf die Genehmigung von überplanmäßigen Mitteln bezieht. Sie stellte an Frau Nußbeck die Frage, ob es rechtlich möglich ist, während der Haushaltssperre überplanmäßige Ausgaben zu beschließen, oder ob eine Ausnahmegenehmigung oder Voranfrage des Landesverwaltungsamtes vorliegt. Man konnte das nicht klären, da keine Finanzausschusssitzung stattgefunden hat.

Frau Beigeordnete Nußbeck verwies darauf, dass man für den Vermögenshaushalt keine Haushaltssperre habe, sondern nur für den Verwaltungshaushalt. Der Vermögenshaushalt könne vollzogen werden und überplanmäßige Ausgaben sind, wenn eine Deckung vorgeschlagen wird, möglich.

Herr Hartmann, SPD-Fraktion, legte dar, man habe durch glückliche Umstände die Chance, Mittel zur Verfügung zu bekommen, die uns die Gelegenheit geben, in einem prägnanten Teil unserer Stadt Verbesserungen durchzuführen. Wenn man sich die Antoinettenstraße ansehe, die mit dem Friedensplatz in Berührung ist, erkenne man, dass dort etwas getan werden muss. Jetzt habe man eine Möglichkeit und könne im Sommer eine Maßnahme ergreifen, die langfristig für unsere Stadt eine angemessene Optik schafft. Deshalb werbe er für diese Sache.

Herr Bönecke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, stellte den Geschäftsordnungsantrag auf Abstimmung.

Herr Göricke, Freie Wähler, stellte an Frau Nußbeck die Frage, wo die 264 T€ herkommen. **Frau Beigeordnete Nußbeck** erklärte, es gehe nicht um 264 T€ sondern man rede von einem Eigenmittelanteil von 37 T€ und nur dieser sei anderen Maßnahmen entzogen, was Herr Bekierz erläutern könne. Der große Block seien die Fördermittel, die man zur Verfügung gestellt bekommen habe, die Eigenmittel kommen aus einer Sonderzuweisung des Landes, ergänzte **Herr Bekierz**.

Die Nachfrage von **Herrn Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, beantwortete **Herr Bekierz** dahingehend, die Wasserharfe behalte den Wasseranschluss, allerdings ohne sichtbaren Brunnen. Es ist eine Brunnenstufe vorhanden, wo das Wasser über ein Gitter wegläuft, so dass die Harfe als Skulptur ohne Wasser gut wirken kann, aber auch die Möglichkeit besteht, sie einmal mit Wasser zu betreiben.

Der **Geschäftsordnungsantrag zur Verweisung in den Finanzausschuss** kam zur Abstimmung und wurde mehrheitlich **abgelehnt**.

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 33:03:09

7.19 Radwegführung auf der Albrechtstraße
Vorlage: DR/BV/126/2011/BL/Gr

Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, begründete die durch seine Fraktion eingebrachte Vorlage. Das Thema sei nicht neu. Man hatte versucht, es über die Presse zu transportieren und die Verwaltung und die Fraktionen wurden über den Bauausschuss frühzeitig informiert. Lt. Gutachten der Bundesanstalt für Verkehr 2009 musste man sich belehren lassen, dass Radstreifen sicherer sind, als getrennte Radwege. Er verstehe nicht, warum das in der Albrechtstraße als gefährlich gelten soll. In der Damaschkestraße, Kavaliertstraße, Antoinettenstraße und anderen Straßen funktioniere es offensichtlich gut. Entscheidend bei der Nutzung von einer Fahrbahn mit getrennten Streifen ist die Sichtbarkeit der verschiedenen Verkehrsteilnehmer zueinander.

Prekär sei es an den Punkten, wo Radfahrer auf einem getrennten Radstreifen, möglichst noch mit Sichtbehinderung, in einen Kreuzungsbereich kommen und den Weg von Kraftfahrzeugen kreuzen. Ein markanter Punkt sei die Museumskreuzung. Hier habe man aus der Innenstadt kommend das Rechtsabbiegen in die Askanische Straße verboten. Die Erfahrungen belegen, dass Verkehrsteilnehmer, die sich sehen, auch aufeinander Rücksicht nehmen. Bei der Maßnahme, die in der Albrechtsstraße ausgeführt wird, handelt es sich um ein Lärminderungsprogramm. Es ist nicht möglich, getrennte Radwege zu finanzieren, aber auf der Fahrbahn können sie eingerichtet werden, was ausdrücklich in der Richtlinie stehe. Es trägt auch zur Lärminderung bei und damit sei das gewünscht Ziel erreicht.

Herr Giese-Rehm bat um Zustimmung zum Antrag seiner Fraktion, vorübergehend die Radstreifen auf der Fahrbahn zu markieren und die Erfahrungen 2012 insgesamt ordentlich auszuwerten. Vielleicht gebe es irgendwann Geld, um Radwege vernünftig herzustellen bzw. bessere Erfahrungen, sie zumindest auf der Westseite komplett wegfällen zu lassen. Die Radwege, die derzeit da sind, seien unzumutbar bis gefährlich.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, stellte den **Antrag auf Verweisung** der Vorlage in den Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, um sie fachlich fundiert zu beraten und Beschlüsse zu fassen, die deckungsgleich sind mit den Erkenntnissen neuester Vorgehensweisen.

Der Antrag auf Verweisung wurde mehrheitlich **abgelehnt** (12:27:06).

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 23:18:04

10. Schließung der Sitzung

Die Sitzung wurde durch **Herrn Dr. Exner**, Vorsitzender des Gremiums, beendet.

Herr Oberbürgermeister Koschig erinnerte an die sich anschließende Sondersitzung des Betriebsausschusses Anhaltisches Theater.

Dessau-Roßlau, 26.05.11

Dr. Stefan Exner
Vorsitzender Stadtrat

E. Baumer
Schriftführerin